

Persistenter Identifier: 1571051867188_1984
Titel: ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen
Ort: Stuttgart
Datierung: 1984
Strukturtyp: volume

Lizenz: [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
PURL: https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/1/

Abschnitt: Arch+-Zeitung
Strukturtyp: part

Lizenz: [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
PURL: https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/261/LOG_0097/

Die erste Demokratie Deutschlands tat sich schwer mit großartigen Bauwerken. Die Architekturen der Zwanziger Jahre, denen die deutsche Baukunst während der Weimarer Republik internationales und bis heute andauerndes Ansehen verdankte, bestanden im wesentlichen aus den mustergültigen Großsiedlungen, aus Geschäftshäusern, einigen Ausstellungsbauten und ansonsten – auf dem Entwurfspapier. Von vielen mißtrauisch beäugt oder verhöhnt – der damals entstandene Begriff von der „Wohnmaschine“ gehört bekanntlich bis heute zum unverzichtbaren Bestandteil des Wortschatzes aller funktionalistisches oder sonstwie pragmatisches Bauen Ablehnenden – als angeblicher architektonischer Ausweis republikanischer Tristesse kam das Neue (demokratische) Bauen nicht an gegen die prächtige Bauwelt der kaiserlichen Vergangenheit. Und entstand tatsächlich einmal ein aufsehenerregender Großbau, so war es gewiß ein „Palast des Geldes“ wie die zeitgenössische Kritik beispielsweise Hans Poelzig's Verwaltungsbau für den IG-Farben-Konzern in Frankfurt/Main nannte oder ein halbherziger Anpassungsversuch wie Eduard Jobst Siedlers Erweiterungsbau der Reichskanzlei, den Hitler später als Kistenarchitektur eines Seifen-Konzerns verspottete. Die allen ein bauliches Symbol des neuen demokratischen Staates schenkende architektonische Großtat, sie bestand letztlich in dem Schriftzug „Dem Deutschen Volke“, welcher nach 1918 die Fassade des Reichstagsgebäudes in Berlin zierte. Und das war, der allgemeine Jubel über die megalomanen Staatspaläste im Dritten Reich beweist dies, zu wenig.

Auch die bundesdeutsche Republik hat das ihr und ihrer Gesellschaft gemäße demokratische Bauwerk noch nicht gefunden. Die sog. Nachkriegsjahre mit Wiederaufbau und Wirtschaftswunder ließen – in des Wortes doppelter Bedeutung – wenig Raum für repräsentative Bauwerke demokratischer Identität. Das Provisorium blieb vorherrschend.

Seit kurzem jedoch, so scheint es, hat sich die Lage grundlegend verändert: In Hannover sucht man im Rahmen eines Wettbewerbes nach einem monumentalen Wahrzeichen Niedersachsens, welches den Platz vor dem dortigen Landtagsgebäude schmücken soll. In Bonn gibt es Überlegungen, ein großes Mahnmal zu errichten u.Ä. Daß bald auch ein identitätsstiftendes Gebäude der bundesdeutschen Demokratie entstehen wird, scheint aus dieser Perspektive nur noch eine Frage der Zeit. Und daß dies wiederum keinesfalls den einstigen Fehler der Unscheinbarkeit wiederholen wird, dafür bürgt die unter dem Slogan der Postmoderne zusammengefaßte neuerwachte Formenlust. „Architektur ist Politik“ und „eine Demokratie, die sich auf Baracken beruft,“ sei kraftlos, Erläuterungen, wie sie seitens renommierter Architekten anläßlich des Wettbewerbs zur Paulskirchen-Umbauung in Frankfurt am Main abgegeben wurden, garantieren – sollte die Baulust anhalten – für zumindest prächtige Bauwerke. Ob auch für der Demokratie gemäße, das war eine der Fragen, die man während der von BDA und Deutschem Architekturmuseum veranstalteten Tagung über „Demokratie und Ästhetik“ zu beantworten suchte.

Vergleiche er Frankfurt, das jahrhundertlang als Freie Reichstadt (mehr oder weniger) republikanisch verfaßte Gemeinwesen mit der Residenzstadt München, erklärte Wil-



Foto: Serwe / Auslöser

Demokratie ohne Ästhetik – zu einer Veranstaltung von BDA und DAM

helm Kücker, der Präsident des BDA, so müsse er feststellen, daß in München mehrere Bauwerke von höchster Qualität entstanden seien, während Frankfurt nicht ein einziges Bauwerk gleichen Ranges aufzuweisen habe. (Auf die Vergangenheit beider Städte bezogen, wohlge-merkt).

Was Kücker als pessimistischen Fragenkatalog formuliert hatte, blieb, ausgesprochen oder zwischen den Zeilen, Leitmotiv der Veranstaltung. So, wenn der ehemalige Hamburger Bürgermeister Hans Ulrich Klose demokratisches Bauen eher im menschengerechten Gestalten von Wohnsiedlungen oder öffentlichen Plätzen sehen wollte denn in Repräsentationsbauten, oder wenn der Frankfurter Baudezernent *Haverkamp*, trotz Lob für die prächtigen öffentlichen Bauten des Neuen Frankfurt und seines Traumes von einem postmodernen Achsenkreuz, sich zu den „Brüchen in der Stadtlandschaft“, den demokratischer Konsenspflicht verdankten Ungeheimheiten der Stadtgestaltung als dem eigentlichen Ausweis demokratischer Kreativität bekannte.

Bestätigt, und das mit geradezu atemberaubender Unbefangenheit, wurden Kückers pessimistische Fragen durch *Helmuth Jahn*, den deutschstämmigen Architekten, der in den USA mit seinen Hochhäusern seit Jahren Furore macht. Demokratie und Ästhetik, das scheint aus seiner Sicht nicht das geringste Problem. Mit Sätzen, so schnörkellos und glatt aufschneidend wie seine Bauten, erklärte er kurzerhand die Frage für erledigt. „Alle Architektur ist heute monumental“, so Jahn, „Alle Architektur ist heute demokratisch.“ Sprach's und ließ dann seine Bauten und Entwürfe Revue passieren. Deren durch keine spiegelnde Verglasung zu kaschierende Wucht, die überwältigenden Ausmaße und niederdrückende Gigantik seiner Eingangshallen und Passagen erklärte er für unverdächtig. Nicht Bauten unterdrücken, sondern deren politischer Mißbrauch. Ein demokratischer, oder in Jahn's Duktus, ein Bauherr, dem im demokratischen Staat kommerzielle Notwendigkeiten die (monströsen) Bauformen diktieren, und schon ist Bauen jeder Form erlaubt. So einfach ist das mit Demokratie und Ästhetik?

Heinrich Klotz, der Direktor des Deutschen Architektur Museums, sprach über Ästhetik politischer An-

sprüche in der Architektur. Ihm diene die Indienstahne ursprünglich im Zeichen von Unterdrückung entstandener Bauformen durch demokratische Bauherren zum Beleg einer Baukunst der unschuldigen Formen. Nicht die Form, sondern deren jeweiliger Gebrauch bestimmt nach ihm den Charakter von Bauwerken. So kann denn beispielsweise die Kuppel vom Insignium klerikaler Herrschaftsansprüche (St. Peter in Rom) zum Triumphzeichen der Demokratie (Capitol Washington) werden, kann sich die zwingende Gewalt einer staufischen Burg, überträgt man ihren düsteren Formenapparat auf das Rathaus einer Stadtrepublik, zum respektablen Ausweis frühbürgerlichen Selbstbewußtseins wandeln (Florenz). Daß bei aller Überzeugungskraft der Argumente noch nicht das letzte Wort über die bleibende Aussagekraft einmal definierter Formen gesagt ist, daß zudem die Beweisführung mit den Wassern der postmodernen Vorliebe für historische Formen gewachsen ist, belegt ein Blick auf den Alltag:

Vom Italienbesucher, dem die Quader einer staufischen Burg ebendieselben Respektschauer über den Rücken rieseln lassen wie deren republikanischen Duplikate am Palazzo Vecchio (wer außer Experten vermag seine Empfindungen angesichts der gleichen Form in geschichtsgerechte Distanz oder Zustimmung zu spalten?), vom verlegenen Herumstehen in der souveränen Haltung fordernden wiederhergestellten Foyerpracht der Alten Oper Frankfurt (wem gelingt es, sich mit Hilfe des Wissens um die demokratische Restauration höfischer (Bau-)Formen dem einschüchternden Einfluß des goldenen Stucks zu entziehen?) bis hin zum einschüchternden Reih und Glied der endlosen, an altägyptisch-wuchtige Tempelfronten gemahnenden Pfeilerfolgen an Ungers' Frankfurter Messehalle (die gelegentlich große Willensanstrengung fordern, will man hier als Mensch erhobenen Hauptes bestehen), von der Historie also über den Historismus bis hin zur Postmoderne, die einmal festgelegte Formensprache scheint, was ihre Wirkung auf den Nicht-Experten angeht, der Relativierung durch die Geschichte eines an Widerstand entgegenzusetzen. Wenn auch die Alternative nicht lauten kann, daß demokratisches Bauen sich ins Aschenputtland niemanden über-

fordernder Unscheinbarkeit kleiden sollte, bleibt die Gegenposition der Postmoderne, bleibt die Vorstellung einer demokratischen Baukultur, die lediglich des Mutes bedarf, sich unbefangenen des überlieferten repräsentativen Formenkanons zu bedienen, fragwürdig im ursprünglichen, wertfreien Sinne des Wortes.

Nachdem die Berührungsgänge – Frankfurt ist dafür der sprechendste Beweis – gegenüber der großen architektonischen Geste wie gegenüber den mit historischen Reminiscenzen aufgeladenen Bauformen im Schwenden begriffen ist, scheint es lediglich eine Frage der Zeit, wann die deutsche Demokratie sich ihren Palast errichtet. Und doch, trotz der enttäuschenden Nüchternheit der beispielsweise in Bonn entstandenen Regierungsbauten einerseits und des Freibriefes für Aufsehenerregendes seitens der sog. Postmoderne: Demokratie und Ästhetik, die Gleichung ist weder so unvereinbar, wie es die bisherigen Erfahrungen nahelegen scheinen noch angewiesen auf den Nachvollzug vorgegebener Repräsentationsmuster. Zu fragen wäre, und damit ist der Ausgangspunkt dieser Darlegung erreicht, warum eigentlich nur Bauwerke vom Schlage Münchener und anderer Residenzstädte die Fixpunkte bei der Beurteilung architektonischer Qualität abgeben sollten. Oder anders: Demokratie und Ästhetik, fordert das nicht ein Umdenken (und -fühlen?), an dessen Ende der Stolz auf angeblich so unscheinbare Bauwerke wie das aus Wohn- und Geschäftshäusern zusammengesuchte alte Frankfurter Rathaus steht, in dessen Gefolge Menschen erhobenen Hauptes das angeblich triste Rund der Paulskirche ebenso selbstverständlich als qualitätsvolles bauliches Sinnbild ihres demokratischen Staates ansehen wie das gerade (als Provisorium!) umgebaute Wasserwerk in Bonn? Noch ist die Forderung *Otto Bartnings*, des ehemaligen BDA-Präsidenten, die Arthur Walter, Vorsitzender des BDA-Hessen, in seiner Eingangsrede zitierte, nicht eingelöst. 1952 erklärte Bartning: „Jenes Regierungsgebäude aber, das aus dem Wunsch und Willen der Staatsbürger ... erwüchse ... steht noch aus. Das Fehlen eines solchen Bauwerkes ist ein tragisches Symptom ... Das Entstehen eines solchen Bauwerkes aber würde Klärung und Rettung der rechten und ehrlichen Beziehung von Staat und Volk bedeuten, das heißt sie erkennbar, sichtbar und wirksam machen.“ Das Fehlen aber eines solchen Bauwerkes, das heißt, im Lichte der skizzierten Frankfurter Diskussion gesehen, daß noch Hoffnung besteht.

Und dies in zweifacher Hinsicht: Als Gegenkurs zu einer (Bau-)Welt, die, wie *Peter Blake* klarmachte, im Zeichen ungehemmten technologischen Wachstums zur menschenfeindlichen Öde werden könnte, welche weder Städte noch Bauwerke und schon gar nicht Demokratie notwendig zu haben scheint. Und auch als Gegenkurs zu einer Prächtigkeit, die mit prunkendem Schein Freizeitzentren des gehobenen Mittelstandes an die Stelle der von Marks beschriebenen Räume demokratischer Aktion zu setzen droht. Staat machen kann man schon mit der sog. Postmoderne, den (Zwangs-)Staat Orwellscher Prägung initiiert ungehemmte Technologie. Beidem entgegenzuwirken, dazu diene die Diskussion über Demokratie und Ästhetik. Sie sollte fortgesetzt werden.

Dieter Bartetzko

Zur Zukunft des Ruhrgebietes

Eigentliches Tagungsthema war, was in der Unterzeile stand: die Nutzung industrieller Bausubstanz und städtischer Struktur. Die „Zukunft des Ruhrgebiets als Lebensraum“ ist von Nischen her nicht zu bewältigen; nicht nur der Repräsentant einer Industrie- und Handelskammer sondern z.B. auch der Landesdenkmalpfleger (Bönninghausen) stellten unmißverständlich fest, daß eine Industrielandschaft wie diese nicht weiteren industriellen Abbau, sondern Aufbau brauche: eine Industrialisierung auf höherem technischem Niveau. Kohle-, Stahl- und Textilkrise, aber auch Rationalisierungen im Bahnverkehr, in der Medizin, im zentralistischen Schulwesen samt ihren Folgeerscheinungen und die Ratlosigkeit vor den Perspektiven und Chancen einer neuen, mikroelektronisch gesteuerten Produktion bildeten denn auch die düstere Kulisse hinter dem spannenden Aktionsdrama „Rettung durch Umnutzung“. Die Szenerie zeigt: 35 000 Hektar – das sind 35 Millionen Quadratmeter – industrielles Brachland im Ruhrgebiet, so viel wie z.B. 85 Freizeitparks, zeigt allenthalben stillgelegte Zechen, Hütten-Werke, Fabriken, aber auch Bahnhöfe, Krankenhäuser, Schulen. Noch gibt es keine systematische Erhebung über die brachliegenden Betriebsstätten und ihre Areale; das Land Nordrhein-Westfalen, zu Förderungen von Altbau nach den harmonisierten Richtlinien aller infrage kommenden Gesetze da entschlossen, wo städtebauliche und infrastrukturelle Bedeutung reklamiert werden kann, steht – mit ausgewählten Fallbeispielen in verschiedenen Städten für kostengünstige Neu-Nutzung – erst am Anfang. Bisherige Umnutzungen fallen prozentual kaum ins Gewicht: allenfalls zehn Prozent der Industriebrache, so führte der Planer Peter Zlonicky in Hagen aus, seien bisher neu genutzt worden; neunzig Prozent liegen weiterhin brach.

Neu-Nutzungen ehemaliger Betriebe sind nicht nur ein Problem unternehmerischer – oder kommunaler – Investitionsbereitschaft: sie sind durch zahlreiche Hypothesen besetzt: durch die Eigentumsrechte alter Besitzer, durch übriggebliebene Altbaulasten, durch den Widerspruch von Planungs- gegen Erbrecht, durch Schwierigkeiten mit spezifischer Gebäudestruktur, oft auch durch Verseuchung des Bodens, die z.B. die Anlage von Parks oder Feldern ausschließt. Um so größere Aufmerksamkeit verdient jedes einzelne Projekt, das durch neuen Gebrauch alte Substanz – und damit meist auch das Geflecht ortstypischer Zusammenhänge – rettet.

Im Interregnum zwischen Produktionsstop und Abriss oder geplanter Weiternutzung hält eine rührige Anarchie von vielerlei Produktivitäten und Aktivitäten bauliche Anlagen instand; außerhalb jeglicher Norm geschieht in diesen Nischen unsub-

ventionierte Werterhaltung. Das Hagener Symposium machte solche Beispiele anschaulich – und zu Nachahmung anregend – bekannt. Zum Beispiel *Concordia*, ein seit 1980 leerstehender Komplex der CEHAG, den der Flächennutzungsplan Dortmunds für Wohnungsneubau vereinnahmt. Stückweise fanden da Einzelmietler befristete Unterkunft: Fischhändler und Autolackierer, Schausteller und Spezial-Reparaturbetriebe, Flohmarkt, Kirmes und eine Brauerei, auch das Dortmunder Stadtfernsehen. Miteinander machen diese Mieter die besten Erfahrungen; man hilft sich gegenseitig, aber ihre Klein- und Kleinst-Unternehmen existieren auf Abruf; es gibt keine Sicherung, die konstruktives Planen erlaubte, die offenen Mietverträge haben nur halbjährige Dauer. Die Mieten sind niedrig, es wird ja auch an Reparaturen für Leitungen, Heizung etc. nichts mehr investiert – aber wenn die Mieter die Anlage aus eigener Initiative brauchbar halten, gehen die Mieten in die Höhe: Beispiel *Zechen Wilhelmine Viktoria*: Die Ruhrkohle AG gab dem Projekt „Jugendgemeinschaft Ruhr e.V.“ Werkstätten und Ausbildungsräume anfänglich für eine symbolische Miete von 1 DM pro Quadratmeter ab. Jetzt soll der Verein zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher für die 1500 von ihm genutzten Quadratmeter 20 000 DM aufbringen, dazu 50 000 DM für Versicherungen, für Heizung mit Ölradiatoren, denn von der Fernwärme wurde die Anlage nach dem Produktionssop abgekoppelt. Ein vorgesehener Abruch weiterer Gebäude auf dem Zechengelände isoliert zudem die begonnenen Aktivitäten und nimmt ihnen die Chance, in Kooperation mit anderen möglichen Nutzern noch ökonomischer zu wirtschaften.

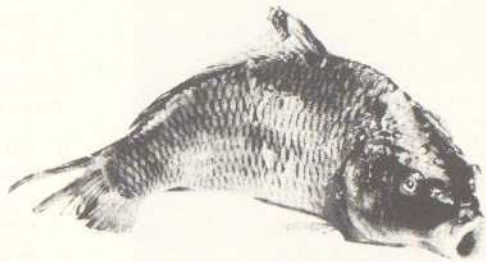
Am Anfang aller gelungenen Umnutzungen stand fast immer ein Protest örtlicher Initiativen gegen einen vorgesehenen Abriss. Immer ist ein hohes Maß an alternativen Nutzungsvorstellungen, gepaart mit architektonischem Sachverstand, Organisationsvermögen, Einsatzbereitschaft, Durchhaltekraft und ungewöhnlichem Idealismus vonnöten. Wo es gelingt, eine Anlage zu neuem Gebrauch zu retten, gewinnt immer auch die Kommune: gelungene Umnutzungsprojekte wirken revitalisierend für ein Quartier und versehen eine Stadt mit neuen Attraktionen. Die *Bo-Fabrik* in Bochum, berühmt gewordenes Beispiel für die Nutzung eines Industriebaus als Schauspielort, war – bis zu ihrem widersinnigen Abriss – dafür ein Beispiel. In Oberhausen gelingt mit der Umnutzung der ehemaligen Zinkfabrik Altenberg dank einer aufgeschlossenen und mit eigener sozialer Phantasie begabten Kommune ein ähnlicher Nachweis; die durch zahlreiche Aktivitäten schon bekannt gewordene *Zechen Carl* in Dortmund hat ebenfalls die Chance, ein attraktives soziokulturelles Zentrum zu werden.

Solche Einzelbeispiele, die das Hagener Symposium in ihren Entwicklungsprozessen detailliert bekannt machte, garantieren noch nicht die Zukunft des Ruhrgebiets als Lebensraum. Aber an ihnen erweist sich über das jeweilige Projekt hinaus, was nötig ist, um vor dem Lebensraum den Lebensmut wachzuhalten. Sie sind Garanten einer spezifischen kulturellen Identität, sie fordern Phantasie heraus. Sie müssen sich – das gilt für alle Umnutzungsprojekte und wird fast immer als möglich nachgewiesen – gegenüber vorgesehener Abriss und Neubau ökonomisch rechtfertigen – was

angesichts der Bausubstanzqualität, vorhandener technischer Infrastruktur und dank der Neutralität der meisten Industriebauten auch möglich ist. Der französische Architekt *Philippe Robert* gab dafür aus den Wohn-Umnutzungsprojekten des Pariser Büros *Reichen* und *Robert* eindrucksvolle Beispiele. Nötig ist nun ein systematischer Brachenkataster, auf dessen Grundlage alle Leerstände in der Region erfaßt und auf

Nutzungsnotwendigkeiten wie-möglichkeiten hin geprüft werden. An einem solchen Kataster sollten Flächennutzungspläne sich künftig orientieren, forderte der Dortmunder Planer *Peter Zlonicky*. Es ist zu hoffen, daß dieser ersten, anregenden Übersicht von Beispielen, die das Hagener Symposium ermöglichte, bald weitere gründliche – und vergleichende – Arbeiten folgen.
Lore Ditzen

**Dieser Fisch wurde im Main
vergiftet aufgefunden.**



**Guten Appetit!
Herr Generaldirektor**



Aktiver Umweltschutz – Jetzt!

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Hessen e. V.,
Gemündener Straße 34 · 6000 Frankfurt/M. 70 · Telefon 0611-681078

**Hölzer im Innenbereich
biologisch schützen und pflegen**

Für die biologische Holzbehandlung im Haus liefern wir ein vollständiges Programm: Naturharzlacke und -lasuren, Bienenwachs Balsam, Beizen aus Pflanzenfarben, Holzschutz- und Pflegemittel, Antikwachs, Fußbodenversiegelung, Fußbodenwachs. Außerdem für Raufasertapeten, Putz etc. Wandfarben auf natürlicher Basis.

Alle BIOFA-Produkte sind frei von synthetischen Substanzen, daher im Wohnbereich besonders zu empfehlen.
Fordern Sie bitte Prospektmaterial an (Postkarte genügt).

BIOFA-Naturfarben
Dobelstr. 22, D-7325 Boll
Telefon 07164-4825 + 2221

